

Egbert Scheunemann

Der Jahrhundertfluch
Neoliberalismus, Marktradikalismus und
Massenarbeitslosigkeit
Eine allgemeinverständliche Erklärung
der Zusammenhänge

LIT-Verlag Münster/Hamburg, 88 S., 9.90 EUR, br.,
ISBN 3-8258-7046-4

Zweite, aktualisierte und leicht überarbeitete Auflage 2004

LESEPROBE

Einleitung

Liebe Leser, stellen Sie sich vor, ein Politiker, ein Wirtschaftsboss oder ein Kommentator in der Presse oder im Fernsehen würde Ihnen erzählen, dass 1000 €, ausgegeben von Privatmann Müller, zu einem entsprechenden Güterabsatz, zu entsprechender Produktion und also zu Arbeit und Beschäftigung führen – dass das aber nicht der Fall ist, wenn Privatmann Müller nicht Müller heißt, sondern Meyer und öffentlicher Angestellter ist! Nun, würden Sie nicht auch sagen, dass diese Behauptung völlig absurd ist? 1000 € Nachfrage von Tischler Müller führen letztlich zu Beschäftigung, 1000 € Nachfrage von Lehrer Meyer aber nicht? In etwas verkleideter Form lesen und hören Sie diese absurde Behauptung in den Medien, also in der Presse und im Fernsehen aber fast jeden Tag. Beispielsweise kamen nach der letzten Bundestagswahl im September 2002 ein paar Politiker der SPD auf die Idee, einige Steuern zu erhöhen, um damit die Schäden der Flutkatastrophe im Osten Deutschlands zu finanzieren. Vom konservativen Herrn Stoiber von der CSU und vor allem vom liberalen Herrn Westerwelle von der FDP war gleich darauf zu hören und zu lesen: „Steuererhöhungen sind Gift für die Wirtschaft“. Nun, diese Herren – und mit ihnen eigentlich alle Kommentatoren in den marktradikal weithin gleichgeschalteten Medien – behaupten also, dass 1000 € Nachfrage von einer Privatperson *gut* für die Wirtschaft sind, von einem öffentlichen Angestellten, der ja aus *Steuergeldern* bezahlt wird, aber *Gift*.

Und das ist natürlich vollkommen absurd! Steuererhöhungen (oder auch Senkungen) sind einfach und zunächst einmal nur *Umverteilungen*. Was Herr Müller nicht mehr ausgeben kann, das gibt eben Herr Meyer aus. Das Geld bleibt in der Wirtschaft. Die Nachfrage bleibt erhalten. Die Behauptung, dass Steuererhöhungen *per se* Gift für die Wirtschaft seien, ist also erst mal kompletter Unsinn. Haben Sie aber jemals irgendeinen Widerspruch gegen diesen Unsinn von irgendeinem Politiker in den Medien oder von Vertretern dieser Medien selbst gehört? Ich auf jeden Fall seit langen Jahren nicht. Politik und Medien sind derartig marktradikal gleichgeschaltet, dass man von einer wirklich freien Meinungsäußerung kaum noch sprechen kann. Die Medien sind inzwischen größtenteils in der Hand privaten Kapitals. Und dann scheint einfach zu gelten: *Wes' Geld ich nehm', des' Wort ich red'*... Haben Sie beispielsweise jemals einen Medienvertreter mitbekommen, der die offizielle Sprachregelung in Frage gestellt hätte, im Sozialbereich seien *Reformen* notwendig, wo real ordinärer *Sozialabbau*, also weitere *Kürzungen* der Einkommen der so und so schon *Armen* und *Ärmsten* gemeint ist und leider auch praktiziert wird? Was ist an der einfachen Kürzung etwa der Sozialhilfe eine (antibürokratische etc.) ‚Reform‘?

Die Massenarbeitslosigkeit steigt und steigt – und die Markttextremisten geifern und geifern: Steuern senken, Steuern senken, Steuern senken und also Gewinne hoch und Löhne und Sozialausgaben runter. Wir kennen dieses Lied. Es wird uns inzwischen seit Jahrzehnten gesungen – und die Lage wird immer schlimmer! Was würde mit einem Arzt geschehen, der seinem Patienten eine Medizin in immer höheren Dosen verschreibt, obwohl es diesem Patienten dadurch nachweislich immer schlechter geht? Er käme irgendwann hinter Gittern! Aber Politik, Wirtschaftsbosse und Journalisten überschlagen sich nur so mit ihren bei jeder unpassenden Gelegenheit vortragenen marktradikalen Forderungen: Leistung müsse sich wieder lohnen, die Steuern für die ‚Leistungsträger‘ müssten deshalb gesenkt werden, der Sozialstaat müsse ‚modernisiert‘, Sozialleistungen also gekürzt werden, und der Arbeitsmarkt müsse ‚flexibilisiert‘ werden – und das heißt im Klartext: Die Leute sollen viel schneller geheuert und gefeuert werden können. Und uns wird immer wieder und bis zur Bewusstlosigkeit gesagt: Das alles sei absolut unabdingbar und nicht zu verhindern, weil der *internationale Konkurrenzdruck* immer mehr zunehme aufgrund der sich quasi naturwüchsig ereignenden *Globalisierung* der Weltwirtschaft. Wir würden ja gerne anders, wir können aber nicht.

Die Ergebnisse dieser *neoliberalen, marktradikalen* und *kapitalfreundlichen* Politik, die ja schon vor einem viertel Jahrhundert mit *Reagan* in den USA, *Thatcher* in Großbritannien und dann *Kohl* (und eigentlich schon *Schmidt*) in der BRD angefangen hat, sind bekannt: Die Arbeitslosigkeit stieg und stieg, immer größere Bevölkerungsteile verarmten, die Zahl von

Sozialhilfeempfängern und Bettlern nahm dramatisch zu und dadurch auch die Probleme des Sozialstaates, diese ‚Soziallasten‘ zu finanzieren. Immer offener und obszöner angehäufter privater Reichtum auf der einen Seite also – und immer schlimmer werdende öffentliche und auch private Armut auf der anderen: „Die Zahl der Milliardäre allein in den USA stieg von 13 im Jahr 1982 über 149 im Jahr 1996 auf über 300 im Jahr 2000. Der globale Club der Milliardäre – mit etwa 450 Mitgliedern – verfügt über ein weltweites Gesamtvermögen, das deutlich über dem Bruttosozialprodukt der Gruppe der einkommensschwächsten Länder liegt, wo 59 Prozent der Weltbevölkerung leben. Der private Reichtum der Familie Walton aus Arkansas etwa, der die Einzelhandelskette Wal-Mart gehört (85 Mrd. Dollar)... ist mehr als doppelt so hoch wie das Bruttoinlandsprodukt von Bangladesch (33,4 Mrd. Dollar) mit einer Bevölkerung von 127 Millionen Menschen und einem Pro-Kopf-Einkommen von 260 Dollar im Jahr.“ (Chossudovsky 2002, S. 28 f.)

Der *Spitzensteuersatz* auf gewerbliche Einkommen, der in der BRD mal bei fast 60 Prozent lag, liegt nach mehreren Reduktionsschritten bei gerade noch 45 Prozent und sinkt mit der nächsten Stufe der Steuerreform auf nur noch 42 Prozent – und seine weitere Reduktion auf lediglich 35 Prozent ist fast schon beschlossene Sache (Merz-Konzept u.a. Konzepte einer radikalen „Vereinfachung“ des Steuersystems)! Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften etc.) zahlen nur noch 25 Prozent Körperschaftssteuer auf erzielte Gewinne – und die Besteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung von Kapitalbeteiligungen (Aktienverkäufe) ist sogar vollkommen abgeschafft worden! Und vergessen wir nicht, dass die *real gezahlten* Einkommenssteuern weit unter den *Steuersätzen* liegen: „Es existiert eine Unzahl von legalen Möglichkeiten für Firmen, Selbständige und Spitzenverdiener, ihre Steuerzahlungen zu verringern... Die tatsächlich bezahlten Steuern auf Kapitaleinkommen in Deutschland sanken zwischen 1986 und 1996 von 24 % auf 15 %. In den USA sind es 21 %, in der Schweiz 24 % und in Japan 27 %. Daimler-Benz musste 1995 von 1,02 Mrd. DM Steuerschuld nur 250 Mio. an den Fiskus abführen. Die Siemens AG erhielt im Geschäftsjahr 1995/96 trotz einer Gewinnsteigerung sogar noch eine Steuergutschrift von 60 Mio. DM.“ (Boxberger/Klimenta 1998, S. 203)

Die Wirtschaftsbosse genehmigen sich, wie ja in den Medien ganz offiziell und brav gemeldet wird, eine astronomische Gehaltserhöhung oder obszöne Abfindung nach der anderen – bei den Sozialhilfeempfängern soll aber, so diese gleichen Bosse, weiter gekürzt werden. Am 13. März 2003 war etwa unter www.tagesschau.de zu lesen, dass die Vorstandsbezüge bei T-Online „um 38 Prozent“ angehoben werden sollen – nach einer Erhöhung im Vorjahr um sage und schreibe „knapp 90 Prozent“! Und am 9. April 2003 meldete www.heute.t-online.de (ZDF), dass die Bezüge des Auf-

sichtsratschefs von Daimler-Chrysler *Hilmar Kopper* mal eben „von 102.000 auf 225.000“ € angehoben werden – eine Erhöhung um über *hundert Prozent!* Und DIESE Bosse verlangen immer weitergehende Kürzungen bei den sozial Schwächsten! Es ist WIDERWÄRTIG!

Und es ist volkswirtschaftlicher Wahnsinn: Weil die ‚Massen‘, also die Lohnempfänger und Empfänger von Sozialeinkommen (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Renten, BAföG etc.) sowie die öffentlich Bediensteten (vor allem aus dem Sozialbereich: Krankenschwestern etc.) *relativ* und gelegentlich auch *absolut* immer weniger Geld haben und also relativ immer weniger Produkte und Dienstleistungen nachfragen, wird auch entsprechend *relativ* weniger produziert – und die Arbeitslosigkeit wächst weiter an, da die Produktivität der Arbeit steigt und steigt (technischer Fortschritt, Automatisierung etc.).

Und was passiert? Politik und Wirtschaft fordern sofort das nächste Sparprogramm, die nächsten Sozialkürzungen, eine weitere Senkung der Staatsquote, noch mehr Privatisierungen und Arbeitsmarktflexibilisierungen sowie ‚Lohnzurückhaltung‘. Und der Abwärtsstrudel beschleunigt sich noch mehr und noch mehr und noch mehr... Dass eine solche Austeritäts-, also wirtschaftliche Kaputtsparpolitik nur scheitern kann – das hat Reichskanzler *Brüning* uns eigentlich in den Jahren zwischen 1930-1932 schon vorexerziert. Die Folgen sind bekannt: Eine nie dagewesene Massenarbeitslosigkeit war eine – und *Hitler* eine andere.

Wenn man *erstens* bedenkt, wie viel Kummer und Leid (und steigende Selbstmordraten...) die marktradikale Politik in inzwischen eigentlich allen westlichen Industriestaaten bei den Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Obdachlosen verursacht hat und immer mehr verursacht; wenn man *zweitens* sieht, dass die Massenarbeitslosigkeit vor allem auch dafür verantwortlich ist, dass rechtsextreme Parteien und Banden mehr und mehr Zulauf bekommen mit der Folge zunehmender ausländischer, antisemitischer und rassistischer Gewalt; wenn man *drittens* bedenkt, dass die marktradikalen Rezepte der *Weltbank* und des *Internationalen Währungsfonds* auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu immer mehr Verelendung und auch ökologischem Raubbau führen; und wenn man schließlich mitbekommt, dass auch ehemals florierende Industriestaaten und ganze weltwirtschaftliche Regionen immer öfter und immer heftiger in die Strudel und Gewitter der entfesselten internationalen Finanzmärkte geraten (Asienkrise, Schuldenkrise in Lateinamerika etc.) – nun, dann ist es in keiner Weise eine Übertreibung, wenn ich die neoliberale, marktradikale Wirtschaftspolitik in den Industriestaaten als einen *Jahrhundertfluch* bezeichne.

Ein *Fluch* ist der marktradikale *Zeitgeist* in fast allen politischen, wirtschaftlichen und leider auch ‚wirtschaftswissenschaftlichen‘ Bereichen und

besonders auch in den Medien vor allem deswegen, weil er völlig ohne Alternative erscheint aufgrund des ‚Endsieges‘ des Kapitalismus nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus (dem ich übrigens keinesfalls nachtrauere...). Niemand widerspricht grundsätzlich, da eine ernstzunehmende politische ‚Linke‘ eigentlich nicht mehr existiert. Und jene, die historisch mal die ‚Linken‘ waren, also Sozialdemokraten und Grüne, sind in ihrer Wirtschaftspolitik von jener der liberalen und konservativen Marktfanatiker kaum noch zu unterscheiden. Gleichschaltung reihum. Wer sich an die heiligen Kühe des Marktes oder gar an die fetten Renditen wagt, wird von *Bild* und *FAZ*, den Verlautbarungsorganen des reaktionären Fußvolkes sowie der konservativ-neoliberalen Eliten, regelrecht zerfleischt und ist politisch schnell tot, als Journalist oder Fernsehmoderator schnell entlassen – oder er bekommt einfach keine Stelle im Wissenschaftsbetrieb.

In welchen Ausmaßen diese Gleichschaltung die Hirne der Menschen eben wie ein *Fluch* vernebelt hat, zeigt sich etwa daran, dass die ‚Linken‘ in den westlichen Industrieländern im sogenannten sozialdemokratischen Jahrzehnt nach 1990 eigentlich nur wirtschaftspolitische Erfolge vorweisen konnten – und zum Dank schnurstracks abgewählt wurden:

Clintons Politik in den USA hatte ein Jahrzehnt des Wirtschaftswachstums, des amerikanischen ‚Jobwunders‘ und sogar am Ende einen staatlichen Haushaltsüberschuss zur Folge – nachdem der konservative Markt- und Rüstungsfanatiker *Ronald Reagan* die US-amerikanische Nationalökonomie (von der Rüstungsindustrie mal abgesehen) in Grund und Boden gewirtschaftet und ein nie dagewesenes Handelsbilanz- und Staatshaushaltsdefizit hinterlassen hatte (woran sein Nachfolger *George Bush sen.* nichts Wesentliches änderte). Zum Dank für diesen grandiosen wirtschaftlichen Erfolg wurde US-Amerikas ‚Linke‘ im November 2000 abgewählt und durch den Abgesandten der amerikanischen Ölindustrie *George W. Bush* ersetzt. Und der schaffte es in nur einem Amtsjahr, ein Haushaltsdefizit in dreistelliger Milliardenhöhe (159 Mrd. Dollar) zu fabrizieren! Die Wähler dankten es Bush damit, dass sie ihm bei den Kongresswahlen im November 2002 auch noch eine konservative Mehrheit in Senat und Abgeordnetenhaus bescherten... (Bis Mitte 2003 stieg das US-amerikanische Staatshaushaltsdefizit sogar auf 455 Mrd. Dollar!)

Und in den anderen westlichen Industriestaaten erkennt man kein anderes Bild: Der Konservative *Helmut Kohl* kam 1982 an die Macht und wurde danach mit seiner konservativ-liberalen Koalition wiedergewählt und wiedergewählt, obwohl sich die offizielle Arbeitslosigkeit während seiner Amtszeit aufgrund kapitalfreundlicher Wirtschaftspolitik fast *verdreifacht* hat (ohne die neuen Bundesländer immerhin noch fast *verdoppelt*) – und rechnet man die offiziell nicht gezählte sogenannte *stille Reserve* hinzu (also jene Leute beispielsweise, die es aufgegeben haben, sich beim Arbeits-

amt zu melden), dann hat sie sich sogar *vervierfacht!* Nach 16 Jahren dieser Misswirtschaft wurden die Liberalkonservativen dann 1998 endlich abgewählt und durch eine rotgrüne Regierung ersetzt, die es immerhin schaffte, die Arbeitslosigkeit in der ersten Wahlperiode um eine halbe Million Menschen zu senken: Die Zahl der Arbeitslosen ging von 4,4 Millionen beim Amtsantritt der Regierung Schröder 1998 auf 3,9 Millionen 2001 zurück. Und jeder, der es wissen will, weiß, dass dieser Rückgang weitergegangen wäre, wenn die gesamte westliche Ökonomie nach dem 11. September 2001 nicht in heftige Turbulenzen geraten wäre. Und was passierte wieder? Im September 2002 wäre die rotgrüne Regierung *fast* abgewählt worden – wenn da nicht die Jahrhundertflut im Osten Deutschlands und der drohende Krieg im Irak als kleine Wahlhelfer eingesprungen wären... (Dass man die rotgrüne Regierung inzwischen eher abwählen *sollte*, weil sie durch übelste neoliberale Kürzungen im Sozialbereich – Stichwort „Agenda 2010“ – und also durch Vernichtung von Massenkaukraft von einem Arbeitslosenzahlenrekord zum nächsten taumelt – davon wird noch zu reden sein...)

Auch in *Frankreich* oder in den *Niederlanden* beispielsweise zeigt sich kein anderes Bild: Der Sozialist *Jospin* und vor allem der Sozialdemokrat *Kok* in den Niederlanden („Poldermodell“) hatten wirtschaftspolitische und vor allem *arbeitsmarktpolitische Erfolge* vorzuweisen, nach denen sich konservative Regierungen eigentlich nur die Finger hätten lecken können – und sie wurden beide zum Dank abgewählt und durch Konservative bis Rechtsextreme ersetzt, die natürlich nichts anderes im Sinn hatten und haben, als die ökonomischen Probleme mit einem sozialen Sparprogramm nach dem anderen zu bekämpfen – und also faktisch zu verschärfen.

Ist das Leben nicht schön und gerecht? Nein, es ist hässlich, es ist verseucht durch den konservativen, neoliberal-marktradikalen Zeitgeist, produziert von *Big Business* und seinen Lakaien in Regierungen und Redaktionsstuben. Dieser Zeitgeist wütet derart, dass die „Massen“ inzwischen gegen ihren eigenen Verstand und gegen ihre eigenen Interessen stimmen. Gleichschaltung und Gehirnwäsche reihum eben.

Reihum? Betrachten wir, liebe Leser, als kleines Gegenbeispiel kurz *Schweden* – als *den* Inbegriff des fast schon ‚sozialistischen‘ Wohlfahrtsstaates innerhalb der westlichen, kapitalistischen Welt. Es war schon immer Hassobjekt Nr.1 der kapitalhörigen Marktradikalen, weil man sich natürlich maßlos darüber ärgerte, dass ausgerechnet das Land mit der in der kapitalistischen Welt *höchsten* Staats- und Sozialquote über lange Jahrzehnte dennoch (oder gerade deswegen?) *mit* das *höchste* Pro-Kopf-Einkommen und *mit* die *niedrigste* Arbeitslosenquote hatte und hat. Als die weltwirtschaftlich negativen Auswirkungen der *Reagonomics* und des *Thatcherismus* Ende der 80er Jahr auch Schweden erreichten, ließen sich die Schweden kurz vom neoliberal-konservativen Zeitgeistvirus infizieren und wähl-

ten 1991 eine konservative Regierung (unter *Carl Bildt*). Deren marktorientierte Wirtschaftspolitik hatte desaströse Folgen – vor allem in Form steigender Arbeitslosigkeit.

1994 kamen dann wieder die Sozialdemokraten an die Regierung (unter *Ingvar Carlsson*), die zunächst, sagen wir mal: eine neoliberale Wirtschaftspolitik ‚mit sozialem Antlitz‘ betrieben – mit mäßigem Erfolg. Unter *Göran Persson* (ab März 1996 Ministerpräsident) besannen sich die schwedischen Sozialdemokraten dann wieder peu à peu auf ihre jahrzehntelange vernünftige und deswegen erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik. Und siehe da: Es ging zunächst langsam, dann aber rasant bergauf: „Das um die Jahrtausendwende erzielte Wirtschaftswachstum von etwa 4 % jährlich ging mit einem zügigen Abbau der Arbeitslosigkeit von 8 % im Jahre 1997 auf 4 % im Jahre 2001 einher... Parallel sinkt auch die Zahl der Sozialhilfeempfänger, so dass bei einer Fortsetzung des Trends das Ziel einer Halbierung im Zeitraum von 1999 bis 2004 erreicht werden dürfte. Vor dem Hintergrund einer hierdurch ermöglichten positiven Entwicklung der öffentlichen Finanzen wurden trotz Steuersenkungen einige der in den 90er Jahren erfolgten Einschnitte ins soziale Netz wieder rückgängig gemacht.“ (*Feld* 2002, S. 1298)

In Schweden führte also der *Ausbau* des Sozialstaates zu hohem Wirtschaftswachstum, zur Reduktion des Staatsdefizits und zur Senkung der Arbeitslosigkeit! Und was machten die schlaunen Schweden? Sie wählten ihre erfolgreiche sozialdemokratische Regierung mit starken Stimmenzuwächsen im September 2002 wieder an die Macht! Im hohen Norden hat man halt einen kühlen Verstand und das soziale Herz am *rechten* Fleck – nämlich links!

Ansonsten aber, wie gesagt, Gehirnwäsche reihum – oder wie soll man sich anders erklären, dass die weitgehend marktradikal gleichgeschaltete Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Journaille uns seit Jahren Lügen über Lügen und Unwahrheiten über Unwahrheiten auf den Tisch knallt – und kaum einer merkt’s und fast keiner protestiert? Es wird etwa seit Jahren behauptet, dass die Arbeitslosigkeit im ‚Wirtschaftsstandort‘ Deutschland auf *mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit* beruhe – eben verursacht durch *zu hohe Löhne, zu hohe Sozialabgaben und zu hohe Steuern*. Die Wahrheit ist jedoch die, dass die BRD-Ökonomie seit Jahren und Jahrzehnten von einer *Exportweltmeisterschaft* zur nächsten taumelt, rechnet man den *Handelsbilanzüberschuss pro Kopf*. Seit 1952 gab es kein einziges Jahr, in dem die BRD-Ökonomie nicht einen Handelsbilanzüberschuss erwirtschaftet hätte! Im Jahre 2001 erreichte dieser positive Saldo den vorläufigen Spitzenwert von 87 Milliarden € – um im Jahre 2002 nochmals eine Steigerung um 33 Prozent auf 127 Milliarden und 2003 auf 135 Milliarden € zu erfahren! *Pro Kopf* gerechnet exportiert die BRD-Ökonomie in

der Regel *doppelt* soviel wie beispielsweise Japan – ein Land, das ganz zu Recht als eine *der* Industrie- und vor allem *Exportnationen* der Welt gilt. Im Lande des *jahrzehntelangen Exportweltmeisters* wird uns also weisgemacht, dass wir Löhne und Sozialausgaben senken müssten, um international *WIEDER* konkurrenzfähig zu werden – IM LANDE DES EXPORTWELTMEISTERS! Und keiner merkt's und keiner protestiert...

Die Behauptung, wir könnten uns den *Sozial- und Wohlfahrtsstaat* nicht mehr leisten, hören wir und lesen wir Tag ein Tag aus. Auch das ist eine *nackte Lüge*. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der BRD (also die Wertsumme aller in einem Jahr hergestellten Produkte und Dienstleistungen) *steigt* und *steigt* Jahr um Jahr – bei *abnehmender* Bevölkerungszahl! Wir werden also *grundsätzlich* reicher und reicher. Von 1991-2000 stieg das jährliche BIP in Deutschland von 2.938 Milliarden DM auf 3.961 Milliarden DM. Das sind in nur einem Jahrzehnt also über 1000 Milliarden DM, also eine *Billion* DM mehr – MEHR! Warum sollten wir uns also im Jahre 2000 (oder heute) weniger einen Sozial- und Wohlfahrtsstaat leisten können als 1991 – oder gar Anfang der 70er Jahre, als der Sozial- und Wohlfahrtsstaat ja eigentlich erst richtig ausgebaut wurde? Das Wachstum des BIP betrug von 2000 bis 2001 zwar nur 0,6 Prozent. Aber selbst das waren noch über 20 Milliarden DM *mehr* als im Jahr davor. Das Volkseinkommen *pro Kopf* (also Babys, Kleinkinder, Hausfrauen und Hausmänner, Rentner und Arbeitslose etc. eingerechnet!) ist von 1991-2000 kontinuierlich und ohne Zwischenstopp von 28.540 DM auf 35.840 DM gestiegen. Dabei sind die realen (also inflationsbereinigten) *Bruttolöhne* zwar über dieses Jahrzehnt so gut wie *nicht* gestiegen und die *Nettolöhne* (also nach allen Steuer- und Sozialabgaben) sogar um 6 Prozentpunkte *gesunken!* Dafür sind die Unternehmereinkommen und *Gewinne* um so mehr gestiegen – und zwar drastisch: Die *Nettogewinne* haben sich seit 1980 fast *verdoppelt* und sind seit 1991, also in der Zeit, als die *Nettolöhne* sanken, allein um 18 Prozent *gestiegen*.

Zwar ist die Wirtschaft in der BRD 2003 *absolut* um 0,1 Prozentpunkte geschrumpft (der neoliberalen Kaputtsparpolitik sei es gedankt!) – aber *pro Kopf* der Bevölkerung (deren Zahl ja zurückgeht!) ist das BIP weiter *gestiegen* und *pro Kopf* der *Erwerbsbevölkerung* (deren Zahl aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit und anderer Faktoren noch schneller gefallen ist!) noch einiges mehr! (Ich zitiere hier übrigens fast ausschließlich aus offiziellen Quellen, etwa jenen des statistischen Bundesamtes: www.destatis.de usw. Zu diesen Quellen gleich noch mehr.)

Zumindest *grundsätzlich*, in der Summe und im Durchschnitt werden wir faktisch also immer reicher. Die Wahrheit ist infolgedessen: Wir können, nein: *könnten* uns einen Sozial- und Wohlfahrtsstaat so gut leisten wie nie zuvor! Die Realität lautet hingegen: Steuergeschenke über Steuergeschenke

an die da oben und Streichungen und Kürzungen von Leistungen bei denen da unten...

Die Behauptung, dass wir uns den Sozialstaat nicht mehr leisten können, wird oft mit dem Hinweis zu begründen versucht, dass die *Zahl* der Rentner, der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger im betrachteten Zeitraum stark gestiegen ist. Das stimmt – aufgrund der marktradikalen, kapitalfreundlichen Politik... Aber die *Ausgaben* für Renten, Arbeitslosengeld und -hilfe oder für Sozialhilfe sind in keiner Weise *entsprechend* gestiegen: Die sogenannte *Sozialquote*, also der *Anteil* aller Sozialausgaben am gesamten BIP stieg nur Anfang der 90er Jahre kurz in Richtung 40 Prozent an aufgrund der sozialen Folgen des Beitritts der neuen Bundesländer. Seitdem ist sie auf 33,6 Prozent (2001) *gefallen* – und das, wie gesagt, bei einer dramatisch *gewachsenen* Zahl der von Sozialeinkommen Abhängigen! (Zur Orientierung: Die gesamte sogenannte *Staatsquote* betrug in der BRD 2003 49,1 Prozent des BIP.)

Diese Rechnung ging und geht natürlich nur dadurch auf, dass die einzelnen Leistungsempfänger relativ oder auch absolut immer weniger bekommen. Nichts anderes bezwecken ja die Sozialleistungskürzungen. Oder um es so auszudrücken: Wir gaben im Jahre 2000 nicht eine ganze Billion (1000 Milliarden!) DM *mehr* für die genannten Gruppen aus als 1991 – obwohl das *rein rechnerisch* aufgrund des Wachstums des BIPs um exakt diesen Betrag *möglich* gewesen wäre.

Wohin dieser exorbitante Zuwachs des BIP in *weit überproportionalem Maße* gegangen und umverteilt worden ist, wurde eben schon gesagt und nachgewiesen: zu den Gewinnempfängern, den Vermögenden und Reichen, die immer noch reicher und noch reicher wurden: „Die Deutschen legten bislang über 5000 Mrd. DM in Form von Spareinlagen, Aktien, festverzinslichen Wertpapieren usw. auf die Seite. Täglich wachsen diese Ersparnisse um über eine Mrd. DM an, und die Zinseinnahmen auf dieses Vermögen betragen annähernd 900 Mio. DM *täglich*. Wirklich reich jedoch ist nur eine Minderheit der Bevölkerung, denn die Vermögen sind sehr ungleich verteilt: 1988 besaßen etwa 10 % der Deutschen 50 % des Nettogeldvermögens und 99,3 % des privaten Aktienbesitzes, die ärmsten 50 % gerade einmal 1,3 % des Geldes und überhaupt keine Aktien. Bereits 1988 besaß 1 % der Bevölkerung 53,7 % aller Aktien, die Kapitalkonzentration hat seit der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe noch erheblich zugenommen.

Die Zinseinnahmen unserer reichsten Mitbürger finanziert jeder einzelne Bundesbürger, und das auch, wenn er keine Schulden hat. Denn jeder muss tagtäglich für die Schuldzinsen des Staates und der Unternehmen gerade stehen: der Steuerzahler, weil der Staat seinen Zinsverpflichtungen aus Steuereinnahmen nachkommt, und der Konsument, weil Unternehmen ihre

Kapitalkosten genauso auf den Preis ihrer Produkte umlegen...

1950 musste jeder Arbeitnehmer rund drei Wochen ausschließlich für die Begleichung von Zinslasten arbeiten, 1970 sieben Wochen und 1990 elf Wochen. Heute arbeiten wir ein Vierteljahr nur für offene Zinszahlungen auf Geldkapital, anders gesagt: Ein Viertel unseres Einkommens fließt in die Taschen der Zinsgewinner.“ (*Boxberger/Klimenta* 1998, S. 73 f.)

Und um zur Einstimmung eine letzte große Lüge anzusprechen: Die Staats- bzw. Sozialquote sei überhaupt viel zu hoch. Sie müsse drastisch sinken, damit sich *Leistung* wieder *lohne* und um die leistungsfeindliche und verschwenderische *Staatsbürokratie* zu bekämpfen. Auch gegen diese Lüge regt sich kaum Protest. Zum einen *muss* nämlich die Staats- bzw. Sozialquote steigen, wenn aufgrund kontinuierlich wachsender *Produktivität* (technischer Fortschritt, Automatisierung etc.) relativ immer *weniger* Menschen absolut immer *mehr* produzieren. Irgendwo her müssen jene, die nicht mehr direkt im Produktionsprozess stehen (und das werden, wie gesagt, aufgrund der Produktivitätsfortschritte immer mehr), das Geld bekommen, damit all das, was mehr und mehr produziert wird, auch verkauft werden kann. Und denken Sie, liebe Leser, dabei nicht nur an das ‚klassische‘ Sozialeinkommen von Schülern und Studenten (BAföG), Rentnern und Sozialhilfeempfängern oder eben Arbeitslosen. Sie müssen ALLE Menschen in diese Größe der nicht in der direkten Produktion Beschäftigten, aber gleichwohl Erwerbstätigen einbeziehen: also etwa auch das gesamte *Management* von Privatunternehmen, deren *Verwaltungen*, *Rechts- und Werbeabteilungen*, oder eben alle Erwerbstätigen, die in *staatlichen Institutionen* arbeiten: Verwaltung, Militär, Polizei, Gerichte, Wissenschaft, Bildung etc. ALLE diese Menschen müssen irgendwie ‚an Geld kommen‘, um kaufen zu können, was immer weniger Menschen (und immer mehr Roboter...) herstellen. *Diese* Art von steigender ‚Sozialquote‘, von *Umverteilung* MUSS also sein in einer immer produktiver arbeitenden und den Grad der *Arbeitsteilung* permanent steigenden Ökonomie (Herausbildung der Dienstleistungs-, Wissens- und Informationsgesellschaft) – sonst gerät die Wirtschaft eben ins Stocken.

Alle wissenschaftlichen Untersuchungen (und übrigens auch der gesunde Menschenverstand...) zeigen zum *zweiten*, dass sogenannte ‚Besserverdienende‘, dass also (in der Regel) *Höherqualifizierte* (Manager, Spitzenbeamte, Professoren, Rechtsanwälte, Ärzte, Wissenschaftler etc.) mit steigenden Einkommen weniger und weniger *wegen* des steigenden Einkommens tätig sind – sondern weil sie ihre Arbeit interessant finden, weil sie ihnen Spaß macht und weil sie ihnen Macht, Einfluss und soziale Anerkennung gewährt. Ich habe – um ein Beispiel anzuführen – vor ein paar Jahren auf einer wissenschaftlichen Tagung direkt in die Runde der vielfältigst vertretenen liberalen bis konservativen Wirtschaftsprofessoren gefragt, wer

der Anwesenden denn seine anstrengende Ausbildung und seine Professur *primär* (oder auch nur *sekundär...*) wegen des Geldes absolviert habe und betreibe. *Keiner* dieser Herren, die ansonsten von morgens bis abends verkünden, dass sich die Leistung der ‚Leistungsträger‘ unserer Gesellschaft wieder lohnen müsse, hat mir direkt ins Gesicht gelogen und gesagt: Ja, ich mache meinen Job primär wegen des Geldes. Keiner!

Und wir dürfen ja nicht vergessen: Die Staats- oder Sozialquote ist ja eben nur eine *Quote*, ein *Anteil*. Dieser Anteil am Volkseinkommen kann *steigen* – und dennoch können wir *absolut* immer mehr verdienen, solange nicht das gesamte *Wachstum* des Volkseinkommens wegbesteuert wird. Die staatliche Umverteilungsquote könnte sich sogar irgendwann auf *80 Prozent verdoppeln* – und *dennoch* könnten wir (dem permanenten Produktivitätswachstum sei’s gedankt) *absolut* mehr haben als heute. Und wir dürfen auch nicht vergessen: *Letztlich* landet jede öffentliche (oder private) Nachfrage auf rein *privaten* Märkten! Der Staat im Kapitalismus *produziert* fast *nichts*. Er *verteilt* nur *um*. *Letztlich* wandert also alles in *private* Hände – als Einkommen von Lehrern, Polizisten oder Krankenschwestern oder als Einkommen jener Privatbetriebe, die im Auftrag des Staates Panzer, Straßen, Schulen oder Krankenhäuser bauen. Solange die Besteuerung halbwegs *leistungsgerecht* ist und nicht das *gesamte* Wachstum des Einkommens wegbesteuert wird und solange die Staatsgelder demokratisch kontrolliert und transparent ausgegeben werden, ist gegen eine hohe und weiter wachsende Staatsquote überhaupt nichts einzuwenden. Dass diese Quote nun ausgerechnet 40 Prozent (oder welchen Prozentsatz auch immer) nicht überschreiten dürfe, ist wissenschaftlich in keiner Weise begründbar und insofern – dummes Geschwätz!

Liebe Leser, ich möchte in diesem kleinen Büchlein möglichst allgemeinverständlich darstellen, wie es in den letzten Jahren und Jahrzehnten zur Massenarbeitslosigkeit in den westlichen Industriestaaten und speziell in Deutschland gekommen ist – und warum die marktradikale, kapitalfreundliche Wirtschaftspolitik keine Lösung des Problems darstellt. Diese marktradikale, kapitalfreundliche Wirtschaftspolitik *ist* vielmehr das Problem.

Weil es mir wirklich um eine *allgemeinverständliche* Darstellung dieser Zusammenhänge geht, verzichte ich auch im Folgenden auf jedwede Fußnoten und Anmerkungen – was, wer meine bisherigen Bücher kennt, sonst überhaupt nicht meine Art ist, alter ‚strenger‘ Wissenschaftler, der ich grundsätzlich bin. Ich erkläre aber hiermit quasi an Eides statt: Sämtliche Zahlen, Daten und Fakten, die ich bisher schon genannt habe und auch weiter zitieren werde, kann ich zur Not, also jederzeit und an jedem Ort (mit Internetanschluss...) als wissenschaftlich völlig korrekt *nachweisen*. Ich habe fast ausschließlich aus offiziellen, oft sogar amtlichen Statistiken

zitiert, also aus Publikationen des *Statistischen Bundesamtes*, der *Bundesbank*, der *Bundesregierung*, des *Sachverständigenrates für Wirtschaft* oder auch aus Publikationen der führenden *Wirtschaftsforschungsinstitute*. Und vieles wird Ihnen, liebe Leser, ja einfach aus der Presse oder aus TV-Sendungen bekannt sein. Kein vernünftiger Mensch, auch kein liberaler oder konservativer, wird etwa bestreiten, dass die Gewinne in den letzten langen Jahren sehr viel schneller gestiegen sind als die Löhne oder dass die BRD seit langen Jahrzehnten Exportüberschüsse erwirtschaftet. Das alles ist (fast) Allgemeinwissen.

Man kommt heutzutage aber auch an speziellere volkswirtschaftliche Daten via *Internet*, das ja zwischenzeitlich in den Haushalten fast so weit verbreitet ist wie das TV-Gerät, extrem schnell heran – und diese Daten sind vor allem immer vollkommen up to date! Wählen Sie beispielsweise nur die Homepage des *Statistischen Bundesamtes* an (www.destatis.de) – und schon finden Sie links unten die Punkte „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ oder „Löhne und Gehälter“ oder „Außenhandel“ oder was das statistische Herz auch begehrt. Analoges gilt für die entsprechenden Seiten etwa des *Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit* (www.bmwi.de) oder des *Sachverständigenrates für Wirtschaft* (www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de). Um aber der Wissenschaft und der Wissenschaftlichkeit mit einem kleinen Kompromiss entgegenzukommen, habe ich im Anhang dieses Buches die Literatur, Publikationen und www-Stellen aufgelistet, auf die ich mich in dieser Arbeit stütze. Falls ich im laufenden Text aus Titeln dieser Literatur längere Passagen direkt zitiere, werden die Quellen selbstverständlich belegt. So viel Wissenschaft muss schon sein.

Angemerkt sei schließlich auch, dass dieses kleine Büchlein auf einem Artikel beruht, den ich schon 1998 publiziert habe (siehe in der Literaturliste im Anhang *Scheunemann 1998*). Ich habe ihn aber ganz wesentlich überarbeitet und erweitert und durch viele neue Argumente, Zahlen, Daten und Fakten ergänzt und natürlich auch, was die Datengrundlage betrifft, aktualisiert. An den schon damals formulierten Grundaussagen musste ich aber – *leider*, würde ich fast sagen – nichts ändern.

Betrachten Sie, liebe Leser, diese kleine Arbeit auch als meinen, nun ja: (vorläufigen?) Abschied von der Wirtschaftswissenschaft und dem Versuch, in dieser und vor allem in der *realen Ökonomie* etwas in Richtung *Vernunft* und *Humanität* zu verändern. Auf meiner Homepage (www.egbert-scheunemann.de) können Sie nachlesen, dass ich mich Jahrzehnte mit dieser Thematik intensiv auseinandergesetzt habe. In meinen Büchern *Ökologisch-humane Wirtschaftsdemokratie. Teil A und B* sowie *Teil C* (*Scheunemann 1990* und *1995*) ist die Quintessenz dieser Arbeit in zwei dicken Bänden auf insgesamt fast 1300 Seiten dargestellt.

Ich gebe den Versuch auf, daran mitzuwirken, eine ökologisch-humane

Wirtschaftsdemokratie Realität werden zu lassen, weil ich mich *zum einen* seit einigen Jahren auf meine Anfänge zurückorientiert habe, also in Richtung *Sprachphilosophie* und *Naturphilosophie*. Meine letzte, eben erst erschienene Arbeit zu diesem Thema lautet: *Von der Natur des Denkens und der Sprache. Fragmente zur Sprachphilosophie, Erkenntnistheorie und physikalisch-biologischen Wirklichkeit* (Frankfurt/a.M. 2003).

Meine Rückorientierung zur Philosophie ist aber auch Resultat meiner vollkommenen *Desillusionierung*, was humane und demokratische Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft betrifft. Die Reise geht seit Jahren leider in die genau entgegengesetzte Richtung. Der marktradikale konservative Zeitgeist wütet in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – und leider auch in den sogenannten *Wirtschaftswissenschaften*. Der Kapitalismus hat (vorläufig?) auf ganzer Linie gesiegt – auch und vor allem in den Köpfen.

Ich zumindest verweigere mich diesem Zeitgeist – soweit ich nur kann. Er ekelt mich, wenn ich dieses offene und schroffe Wort äußern darf, regelrecht an. Höher, weiter, schneller, härter, lauter und Wachstum und noch mehr Wachstum und Profite maximieren bis zum Herzinfarkt – und wenn die ganze Welt verreckt, die natürliche Umwelt zugrunde geht und aufgrund des Klimawandels inzwischen riesige Flutwellen durch Deutschland brausen, überall Massenarbeitslosigkeit, Verelendung und Obdachlosigkeit zunehmen und politischer und religiöser Fanatismus und Extremismus der Globalisierungsverlierer um sich greift. Dieses Spiel ist zutiefst dumm, krank, pervers und – pubertär: Wer hat die dicksten Muskeln, wer hat den längsten Schwanz, die meisten PS, wer ist der Schönste, der Beste, der Champ? *Habermas* sagte mal, die Menschheit befinde sich in ihrer *Adoleszenzkrise*. Die Adoleszenz ist bekanntlich die kritische Phase des Übergangs des (noch) unmündigen Jugendlichen, des *Halbstarken* ins Erwachsenenendasein. *Habermas* hat sich leider geirrt. Wir leben nämlich, viel schlimmer, in einem gigantischen *Kindergarten!* Wer hat den dicksten Lolly? Wer häuft am meisten Bauklötzchen?

Im Folgenden sei auf vier Punkte näher eingegangen: *Zunächst* möchte ich detaillierter erklären, wie die Massenarbeitslosigkeit in den kapitalistischen Industriestaaten und speziell in der BRD innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte entstanden ist. In einem *zweiten* Schritt werde ich die herrschende liberal-konservative *Erklärung* der Massenarbeitslosigkeit als ebenso *empirisch*, also durch *reale Daten* nicht nachweisbar wie *logisch* nicht schlüssig aufzeigen sowie die darauf basierende *wirtschaftspolitische Gegenstrategie* als hochgradig *problemverschärfend* aufweisen. Dabei seien auch die Gründe genannt, warum es zur liberal-konservativ dominierten sogenannten *Standortdiskussion* im Lande des *Exportweltmeisters* überhaupt kommen konnte. *Drittens* sei kurz dargestellt, welche ökosozial

verträglichen wirtschaftspolitischen Alternativstrategien im gegebenen kapitalistischen Industriesystem gegen die Massenarbeitslosigkeit gefahren werden könnten. Und *viertens* schließlich möchte ich kurz auf das Modell einer krisenvermeidenden und Vollbeschäftigung garantierenden humanen Wirtschaftsdemokratie von *Ota Šik* hinweisen als grundsätzlicher Alternative *in* diesem oder (je nach Standpunkt) *zu* diesem System.
